

04/2021

fdplus

FANGEN WIR AN.

FLUTKATASTROPHE

Wie den Menschen in den betroffenen
Gebieten geholfen wird

REGIERUNGSVERANTWORTUNG

Mit einem starken liberalen Kern
wagen wir mehr Fortschritt

FRAKTION

Ihre neuen Abgeordneten für
den Bundestag im Überblick

Wir laden Deutschland



Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



MEHR FORTSCHRITT WAGEN



Sarah Bäumchen
Chefredakteurin und
Leiterin Kommunikation
und Kampagne

„Fangen wir an.“ lautete das zukunftsweisende Motto unseres Parteitags, auf dem wir Freie Demokraten mit über 92 Prozent den neuen Koalitionsvertrag beschlossen haben. Gemeinsam mit SPD und Grünen wollen wir mehr Fortschritt wagen und in einem Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit unser Land grundlegend modernisieren. Für diese Möglichkeit zur Übernahme von Verantwortung haben wir Freie Demokraten hart gearbeitet: Dank des Engagements unserer Mitglieder ist es uns im Wahlkampf gelungen, erfolgreich für unsere Inhalte zu werben. In dieser Ausgabe berichten Erstwählerinnen und Erstwähler, was sie überzeugt hat, ihre Stimme an die FDP zu geben.

Unser Einsatz für ein moderneres, freieres und digitaleres Land findet sich auch im Koalitionsvertrag klar wieder. Dabei ist es gelungen, eine Vielzahl liberaler Schwerpunkte im Regierungsprogramm festzuschreiben. Von soliden Finanzen über Investitionen in saubere Technologien und Digitalisierung, Entlastung von Bürokratie, bessere Bildung und neue Aufstiegschancen bis hin zu mehr gesellschaftlicher Liberalität wollen wir Trendwenden erreichen. Für eine moderne, liberale und zuverlässige Politik der Mitte. Fangen wir an!

Ich wünsche Ihnen frohe Feiertage und ein gesundes neues Jahr.

Sarah Bäumchen

05 MELDUNGEN

06 WIR WAGEN MEHR FORTSCHRITT

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist unterzeichnet und enthält viele liberale Schwerpunkte.

09 IN VERANTWORTUNG.

In der neuen Regierung übernimmt die FDP vier Ministerien. Eine kurze Vorstellung.

10 DIE 92 FREIEN DEMOKRATEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Nach der Wahl im September ist die FDP-Fraktion im Bundestag noch größer geworden.

14 FANGEN WIR AN.

Unser Bundesparteitag in Bildern.

15 JETZT BEGINNT DIE ZEIT DER TAT

Die Partner der Ampel-Regierung haben den Koalitionsvertrag unterschrieben.

16 MEINE ERSTE WAHL

Vier Jungwähler erklären, warum sie ihre Stimme den Freien Demokraten gegeben haben.

18 UNBÜROKRATISCHE SOFORTHILFE FÜR UNTERNEHMEN

Nordrhein-Westfalen unterstützt seine Betriebe nach der Flutkatastrophe.

19 SCHNELLERE VERFAHREN SCHAFFEN CHANCEN UND PERSPEKTIVEN

Wie aus der Not in Rheinland-Pfalz Innovationen geschaffen werden.

20 VOM EU-PARLAMENT INS AHRTAL

Der EU-Abgeordnete Andreas Glück schildert seine Eindrücke vom Einsatz im Ahrtal.

21 DEUTSCHLAND-KOALITION FÜR SACHSEN-ANHALT

Sachsen-Anhalt hat eine neue Regierung und die erste Ministerin für Infrastruktur und Digitales: Dr. Lydia Hüskens.

22 OFFENSIVE FÜR DIE WELTHANDELS-ORGANISATION

Der Welthandel verlangsamt sich seit Jahren. Jetzt braucht er einen Schub nach vorne.

MELDUNGEN



01 FRANZISKA BRANDMANN – DIE NEUE VORSITZENDE DER JULIS

Franziska Brandmann ist die neue Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen. Die 27-Jährige aus Grevenbroich wurde auf dem Bundeskongress mit 92 Prozent der Stimmen gewählt. In ihrer Rede freut sie sich über das gute Ergebnis der Jung- und Erstwähler: „Es ist eine klare und unmissverständliche Absage an all jene, die sagen: 'Die FDP, die Jungen Liberalen, das ist eine Partei für Besserverdiener.' Wir sind keine Partei der Besserverdienenden. Die, die wenig haben, aber noch etwas erreichen wollen in ihrem Leben, die haben die FDP gewählt.“ Diese jungen Menschen haben der FDP den Auftrag gegeben, in den nächsten vier Jahren im Bundestag konsequent für liberale Politik einzutreten. „Und diesen Auftrag an die FDP, den nehmen wir JuLis auch ganz konkret als unseren Auftrag an“, erklärt die Bundesvorsitzende.

02 BERND BUCHHOLZ IST SPITZENKANDIDAT FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

Auf dem letzten Parteitag der FDP Schleswig-Holstein stimmten 89 Prozent der Delegierten für Bernd Buchholz als Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl. In seiner Rede machte er deutlich, dass die FDP in der Jamaika-Regierung viel bewegt und erreicht habe, dass es aber auch noch einiges zu tun gebe. Als einen zentralen Punkt nannte er die Bildung, um die es in den letzten vier Jahren zwar nach den großen Diskussionen um G8 oder G9 wieder ruhiger geworden sei.



03 FLYERALARM

Bei der deutschlandweiten Flyer-Steckaktion kurz vor der Bundestagswahl hat das Team um Ricardo Nehls vom OV Stockelsdorf in zwei Tagen über 2.000 Gebäude beflyert. Welche Strategie hatte das 12-köpfige Team? „Wir haben uns anhand des jeweiligen Wohnortes der Mitglieder grob organisiert, dann haben wir uns abgesprochen, wer welche Straßenzüge übernimmt und diese abgearbeitet. Im Anschluss haben wir dann alles in die App eingetragen“, erklärt Ricardo Nehls. „FDP Maps erleichtert das Flyern ungemein. Straßenzüge reservieren, Häuser als erledigt markieren – so behält man bei seiner Aktion den Überblick und kann schnell seine Teammitglieder koordinieren. Ein super Wahlkampftool, welches wir nicht missen wollen.“ Weiterlesen unter fdp.de/flyeralarm



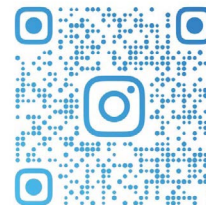
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp

Herausgeber: FDP-Bundespartei | Chefredakteurin: Sarah Bäumchen | CvD: Caroline Hentschel | Redaktion: Petra Horstick, Johannes Mellein, Wulf Oehme | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 43 | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin, Anzeigen: iden@fdplus.de, Telefon: (030) 28 49 58 38 | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand | Redaktionsschluss: 10. Dezember 2021.



WIR WAGEN MEHR FORTSCHRITT

Das neue Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zwischen FDP, SPD und Grünen geht die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen gemeinsam an. Dabei enthält der Koalitionsvertrag klare liberale Schwerpunkte. Alle Koalitionspartner eint das Bestreben, unser Land grundlegend zu modernisieren.



Michael Zimmermann
FDP-Bundesgeschäftsführer

Deutschland hat eine neue Bundesregierung. Sie eint der Wille und der Wunsch nach Veränderung. Gemeinsam wollen wir mit SPD und Grünen den Status quo überwinden und mehr Fortschritt wagen. Unser Land soll moderner, digitaler und wettbewerbsfähiger werden.

Bereits vor Beginn der neuen Regierung haben FDP, SPD und Grüne eine unverzügliche und entschiedene Neuordnung des Krisenmanagements der Corona-Pandemie eingeleitet. Denn die Lage ist ernst. Die Ampel-Koalition reagiert daher mit gezielten Maßnahmen und stellt den Bundesländern einen breiten Instrumentenkasten zur Verfügung. Mit diesem kann die Pandemie schnell, wirksam und grundrechtsschonend bekämpft werden. Durch einen gemeinsamen Krisenstab der Bundesregierung soll künftig eine bessere gesamtstaatliche Koordination gesichert werden. Zugleich hat der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner nachdrücklich dazu aufgerufen, sich impfen und boostern zu lassen sowie persönliche Kontakte zu reduzieren. Auf dem FDP-Parteitag erläuterte er, dass die Freiheit, besonders für uns Freie Demokraten, ein hohes Gut ist. Aber sie könne nicht absolut gesetzt werden. Freiheit verliere an Wert, wenn sie nicht gelebt werden kann. Deshalb gehe es um die richtige Balance zwischen Freiheit und Gesundheitsschutz.

Mit dem Ziel einer Modernisierung unseres Landes sind wir zur Wahl angetreten. Das „Weiter so“ wollten wir Freie Demokraten nach Jahren des Stillstands nicht mehr hinnehmen und ein Gestaltungsjahrzehnt für Deutschland eröffnen. Unser Ziel war es, unser Land aus der Mitte

heraus zu erneuern. Mit dem Wunsch nach Veränderung haben drei unterschiedliche Parteien Gemeinsamkeiten und Brücken über Trennendes ausgelotet.

„Die Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen waren intensiv, sachlich und konstruktiv. Die Partner haben es sich nicht leichtgemacht und um ihre Positionen gerungen“, fasst FDP-Generalsekretär Dr. Volker Wissing die Gespräche zusammen. Der vertrauensvolle Stil der Verhandlungen zeigte, dass man etwas Gemeinsames hinbekommen möchte.

Der Koalitionsvertrag wagt die Entwicklung unseres Landes hin zu einer digitalisierten und klimaneutralen Technologienation, mit einer modernen Gesellschaftspolitik und der Erneuerung des sozialen Aufstiegsversprechens. „In der Wirkung ist dieser Koalitionsvertrag das ambitionierteste Klimaschutzprogramm aller Industrienationen. Im Grunde werden wir begrenzt durch das, was physikalisch und technisch möglich ist. Was politisch und ökonomisch erreichbar ist, ist in diesem Vertrag beschrieben“, bringt es Christian Lindner bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags auf den Punkt.

Wir Freie Demokraten stehen für Trendwenden: von soliden Finanzen über Investitionen in saubere Technologien und Digitalisierung, Entlastung von Bürokratie, bessere Bildung und neue Aufstiegschancen bis hin zu mehr gesellschaftlicher Liberalität. Uns geht es um mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Uns geht es darum, Wohlstand auch langfristig zu sichern. Wir wollen die breite Mitte der Gesellschaft entlasten. Wir wollen keine

Steuererhöhungen und keine Aufweichung der grundgesetzlichen Schuldenbremse. Dieser Linie sind wir treu geblieben und haben viele liberale Werte in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt:

NEUER SCHWUNG DURCH ENTLASTUNGEN

Wir haben vereinbart, dass es keine Steuererhöhungen oder neue Steuern geben wird. Dazu gehört, dass wir die Doppelbesteuerung von Renten verhindern wollen. Mit uns soll schon ab 2023 der Vollabzug der Rentenversicherungsbeiträge als Sonderausgaben vorgezogen werden. Durch eine schnellstmögliche Beendigung der EEG-Umlage wollen wir die Energiepreise senken. Durch eine Erhöhung des Sparerpauschbetrags wollen wir Sparerinnen und Sparer entlasten.

SOLIDE FINANZEN UND SPARSAMER UMGANG MIT STEUERGELD

Finanzielle Solidität und der sorgsame Umgang mit Steuergeld sind Grundsätze unserer Haushalts- und Finanzpolitik. Um die Rente finanziell nachhaltig zu gestalten, werden wir in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einsteigen. Sie soll als dauerhafter Fonds von einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Stelle professionell verwaltet werden und global anlegen. Den Nachholfaktor in der Rentenberechnung wollen wir rechtzeitig vor den Rentenanpassungen ab 2022 wieder einführen und im Rahmen der geltenden Haltelinien wirken lassen. Das strategische Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, Finanzmarktkriminalität und Geldwäsche wollen wir stärken.

AUFSTIEGSCHANCEN DURCH BESTE BILDUNG

Wir wollen beste Bildung und damit bessere Aufstiegschancen für alle. Dies schaffen wir u. a. mit der Stärkung der frühkindlichen Bildung, mit Talentschulen und dem eltern-unabhängigen BAföG. Dadurch stärken wir die



Menschen von der Kita bis hinein ins lebenslange Lernen. Mit einem Digitalpakt 2.0 ermöglichen wir unbürokratisch die technische Modernisierung unserer Schulen. Mit dem Lebenschancen-BAföG schaffen wir ein neues Instrument für die selbstbestimmte Weiterbildung auch jenseits berufs- und abschlussbezogener Qualifikation für alle. Mit der Einführung eines Bürgergelds wollen wir das Aufstiegsversprechen erneuern. Dazu gehört die Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten.

POTENZIALE ENTFESSELN UND INNOVATIONEN VORANTREIBEN

Wir wollen unser Land fit für die Zukunft machen. Für die vor uns liegenden Aufgaben braucht es Tempo beim Infrastrukturausbau. Unser Ziel ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Wir werden deshalb Planungs- und Genehmigungsverfahren modernisieren, entbürokratisieren und digitalisieren sowie die Personalkapazitäten verbessern. Wir werden ein neues Bürokratienteilnahmeengesetz auf den Weg bringen. Ein generelles Tempolimit wird es nicht geben.

MIGRATION BESSER ORDNERN

Wir wollen einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird. Dafür brauchen wir einen Paradigmenwechsel: Mit einer aktiven und ordnenden Politik wollen wir Migration vorausschauend und realistisch gestalten. Wir werden irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen. Wir wollen außerdem mit der Chancenkarte auf der Basis eines Punktesystems eine zweite Säule zur Gewinnung von qualifizierten Fachkräften schaffen. Der bisherigen Praxis der Kettenduldungen setzen wir ein Chancen-Aufenthaltsrecht entgegen. Wir schaffen ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht.



Foto: Dominik Butzmann

Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. Asylverfahren müssen fair, zügig und rechtssicher ablaufen. Die Ursachen für lebensgefährliche Flucht wollen wir wirksam bekämpfen.

EFFEKTIVER UND MARKTWIRTSCHAFTLICHER KLIMASCHUTZ

Wir werden national, in Europa und international unsere Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Pfad ausrichten. Mit einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft wollen wir eine nachhaltige Zukunft gestalten. Dabei sollen die Instrumente möglichst technologieoffen gehalten werden. Die Einhaltung der Klimaziele werden wir anhand einer sektorübergreifenden und analog zum Pariser Klimaabkommen mehrjährigen Gesamtrechnung überprüfen. Gemeinsam wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien erheblich beschleunigen.

DEUTSCHLAND MODERNISIEREN

Wir werden das Krisenmanagement der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie neu ordnen. Mit einer unkomplizierten, schnellen und digitalen Verwaltung wollen wir das Leben der Menschen einfacher machen. Alle neuen Gesetze werden einem Digitalisierungsscheck unterzogen. In die Modernisierung des Landes muss umfassend investiert werden – privat wie öffentlich. Wir wollen digitale Start-ups in der Spätphasenfinanzierung fördern und eine den Venture-Capital-Standort stärken. Wir wollen Steuerbürokratie spürbar verringern. Dazu gehört auch die vorausgefüllte Steuererklärung.

FREIHEIT STÄRKEN UND BÜRGERRECHTE SCHÜTZEN

Wir führen eine Überprüfung der Sicherheitsarchitektur durch. Wir werden die Regelung zur Vorratsdatenspeicherung so ausgestalten, dass Daten nur anlassbezogen und durch richterlichen Beschluss gespeichert werden können. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das Alter für Bundestagswahlen auf 16 Jahre zu senken. Wir wollen das Institut der Verantwortungsgemeinschaft einführen und damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen wollen wir stärken. Ärztinnen und Ärzte sollen öffentliche Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen können, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Daher streichen wir § 219a



StGB. Wir werden das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen.

Globale Herausforderungen annehmen

Wir wollen eine echte gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa. Den regelbasierten Freihandel stärken wir auf der Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards. Damit garantieren wir Wohlstand und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Wir setzen uns für die Stärkung des Multilateralismus und für die Weiterentwicklung der Welthandelsorganisation WTO ein.

In den vier FDP-geführten Ministerien arbeiten nun Freie Demokraten mit vollem Einsatz und großem Engagement an der Umsetzung des Koalitionsvertrags: Christian Lindner im Bundesministerium der Finanzen, Bettina Stark-Watzinger im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Dr. Volker Wissing im Bundesministerium für Digitales und Verkehr und Dr. Marco Buschmann im Bundesministerium der Justiz.

Wir haben wichtige Akzente im Koalitionsvertrag setzen können. Dass 92 Prozent der Delegierten auf dem Bundesparteitag dem Vertrag zugestimmt haben, ist dafür ein starkes Zeichen. Begreifen wir die Regierungsverantwortung daher als gemeinsames Projekt der gesamten Partei: Für eine moderne, liberale und zuverlässige Politik der Mitte. Wir sind davon überzeugt: Unser Land wird von dieser Koalition profitieren. Denn Deutschland hat auf einen Aufbruch gewartet. ■

IN VERANTWORTUNG.

In der Ampel-Regierung übernehmen wir Freie Demokraten Verantwortung für vier Ministerien. Hier stellen wir unsere Ministerin und Minister vor und geben einen Überblick über ihre Projekte.



CHRISTIAN LINDNER
Finanzen

Als Finanzminister möchte Lindner u. a. mehr private Investitionen ermöglichen, mehr Preisstabilität in der EU und den Mitgliedsstaaten durch eine solide Haushaltspolitik erreichen, eine Bankenunion für mehr globale Wettbewerbsfähigkeit vorantreiben sowie die vorausgefüllte Steuererklärung einführen. Bei allen neuen Vorhaben wird es keine Steuererhöhungen oder neue Steuern geben. Katja Hessel und Florian Toncar übernehmen das Amt der Parlamentarischen Staatssekretäre.



BETTINA STARK-WATZINGER
Bildung und Forschung

Als Ministerin für Bildung und Forschung will sie u. a. gezielt Schulen in benachteiligten Regionen fördern, das BAföG elternunabhängig gestalten und die Förderung des lebenslangen Lernens ausbauen. Sie möchte eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg bringen und die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen durch ein Kooperationsgebot verbessern. Dr. Jens Brandenburg und Thomas Sattelberger übernehmen das Amt der Parlamentarischen Staatssekretäre.



DR. MARCO BUSCHMANN
Justiz

Als Bundesjustizminister möchte Dr. Buschmann u. a. Bürgerrechte und Vielfalt stärken, so soll § 219a StGB abgeschafft werden und damit u. a. das Selbstbestimmungsrecht von Frauen verbessert werden. Es soll ein Institut der Verantwortungsgemeinschaft eingeführt werden. Damit können zwei oder mehr volljährigen Personen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen. Weiterhin soll das Grundgesetz um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzt werden. Parlamentarischer Staatssekretär wird Benjamin Strasser.



DR. VOLKER WISSING
Digitales und Verkehr

Als Minister für Verkehr und Digitales wird Dr. Wissing u. a. die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und dem neusten Mobilfunkstandard vorantreiben und Innovationen im Bereich synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) fördern. Weitere Schwerpunkte werden der Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Ein generelles Tempolimit wird es nicht geben. Parlamentarische Staatssekretäre werden Daniela Kluckert, Oliver Luksic und Michael Theurer.

DIE 92 FREIEN DEMOKRATEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Die FDP-Fraktion ist nun die zweitgrößte in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit dem Koalitionsvertrag wächst ihr weitere Verantwortung zu. Denn nie gab es mehr zu tun.

Mit nunmehr 92 Abgeordneten ist die FDP-Fraktion die zweitgrößte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat sich bereits einen Tag nach der Bundestagswahl konstituiert und weitere Hausaufgaben erledigt, etwa die **28 neuen Abgeordneten** schnellstmöglich arbeitsfähig zu machen. Dadurch war die FDP-Fraktion sofort voll handlungsfähig und konnte ihren Beitrag zum Gelingen der Koalitionsverhandlungen leisten. Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages wächst ihr weitere Verantwortung zu. Die FDP-Fraktion ist nun

Regierungsfraktion. Entsprechend hat sie sich neu aufgestellt und einen neuen Fraktionsvorstand mit Christian Dürr als neuem Vorsitzenden gewählt. Klar ist: Deutschland steht vor zahlreichen Herausforderungen. Es geht um Corona, Digitalisierung, Klimaschutz, Generationengerechtigkeit und Wachstum. Die FDP-Fraktion hat sich auf den Weg gemacht, die Herausforderungen anzugehen und einen Aufbruch zu organisieren. Denn nie gab es mehr zu tun. Fangen wir an.



Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender



Johannes Vogel
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer



Torsten Herbst
Parlamentarischer
Geschäftsführer



Stephan Thomae
Parlamentarischer
Geschäftsführer



Christine
Aschenberg-Dugnus
Parlamentarische
Geschäftsführerin



Gyde Jensen
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende



Dr. Lukas Köhler
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



Konstantin Kuhle
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



Alexander
Graf Lambsdorff
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



Christoph Meyer
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender



Carina Konrad
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende



Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann
Ausschussvorsitzende



Renata Alt
Ausschussvorsitzende



Sandra Weeser
Ausschussvorsitzende



Wolfgang Kubicki
Bundestagsvize-
präsident



Christian Lindner
Bundesminister der
Finanzen



Dr. Marco Buschmann
Bundesminister der
Justiz



Bettina Stark-Watzinger
Bundesministerin für
Bildung und Forschung



Dr. Volker Wissing
Bundesminister für
Digitales und Verkehr



Valentin Abel



Katja Adler



Muhanad Al-Halak



Nicole Bauer



Jens Beeck



Ingo Bodtke



Friedhelm Boginski



Dr. Jens Brandenburg



Mario Brandenburg



Sandra
Bubendorfer-Licht



Karlheinz Busen



Carl-Julius Cronenberg



Bijan Djir-Sarai



Marcus Faber



Daniel Föst



Otto Fricke



Maximilian
Funke-Kaiser



Martin Gaßner-Herz



Knut Gerschau



Thomas Hacker

Fotos: Laurence Chaperon, Tobias Koch, Tobias Holzweiler, James Zabel, Matthias Heyde, Torsten Stapel, DBT Inga Haar, Susanne Schmidt, Tobias Wölki



Reginald Hanke



Philipp Hartewig



Ulrike Harzer



Peter Heidt



Katrin Helling-Plahr



Dr. Volker Redder



Hagen Reinhold



Bernd Reuther



Dr. h.c. Thomas Sattelberger



Christian Sauter



Markus Herbrand



Katja Hessel



Dr. Gero Clemens Hocker



Manuel Höferlin



Dr. Christoph Hoffmann



Frank Schäffler



Ria Schröder



Anja Schulz



Matthias Seestern-Pauly



Prof. Dr. Stephan Seiter



Reinhard Houben



Olaf in der Beek



Dr. Ann-Veruschka Jurisch



Karsten Klein



Daniela Kluckert



Rainer Semet



Judith Skudelny



Konrad Stockmeier



Benjamin Strasser



Linda Teuteberg



Pascal Kober



Michael Kruse



Ulrich Lechte



Jürgen Lenders



Dr. Thorsten Lieb



Jens Teutrine



Michael Theurer



Nico Tippelt



Manfred Todtenhausen



Dr. Florian Toncar



Lars Friedrich Lindemann



Michael Georg Link



Kristine Lütke



Oliver Luksic



Till Mansmann



Prof. Dr. Andrew Ullmann



Gerald Ullrich



Nicole Westig



Anikó Merten



Maximilian Mordhorst



Alexander Müller



Frank Müller-Rosentritt



Claudia Raffelhüschen

FANGEN WIR AN.



JETZT BEGINNT DIE ZEIT DER TAT

Zweieinhalb Monate nach der Bundestagswahl haben FDP, SPD und Grüne ihr gemeinsames Regierungsprogramm besiegelt. Die Spitzenvertreter der Ampel-Parteien unterzeichneten dafür am 7. Dezember in Berlin ihren Koalitionsvertrag. Für die feierliche Zeremonie hatten die drei Partner einen symbolträchtigen Ort ausgewählt – das Berliner Futurium. Die Location bietet Einblicke in die Welt von morgen und steht damit perfekt für einen Aufbruch mit ehrgeizigen Zielen. Christian Lindner unterstrich beim gemeinsamen Statement den Fortschrittsanspruch: „Jetzt beginnt die Zeit der Tat. Auch wenn die Aufgaben und Herausforderungen groß sind, unsere Ambitionen und unsere Bereitschaft zum Engagement sind es auch.“ Zu Recht, denn das historische Vertragswerk verspricht den Bürgerinnen und Bürgern eine solide Finanzpolitik ohne Mehrbelastungen, den sozialen und



Foto: Dominik Butzmann

ökologischen Fortschritt sowie ein klares Bekenntnis zur gesellschaftlichen Vielfalt und Liberalität. Für die Freien Demokraten unterschrieben Christian Lindner, Dr. Volker Wissing und Dr. Marco Buschmann. ■

Anzeige

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FEIERT HEBAMME LINDA
JEDEN TAG GEBURTSTAG.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda

PKV | IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER

MEINE ERSTE WAHL

Bei der Bundestagswahl war die FDP gemeinsam mit den Grünen stärkste Kraft bei den jungen Menschen. Wir haben bei Jung- und Erstwählern nachgefragt, warum sie ihre Stimme den Freien Demokraten gegeben haben.



JULIE GEBUHR
Düsseldorf

„ Mir als Erstwählerin war wichtig, eine Partei zu wählen, die sich zum einen für den Klimaschutz einsetzt. Denn wenn wir nicht langsam etwas verändern, dann brauchen wir uns um unsere Zukunft in den anderen Punkten keine Sorgen mehr zu machen. Zum anderen muss unsere Wirtschaft wieder angekurbelt werden, um das Erreichen der Klimaschutzziele finanzieren zu können und der Inflation durch die Corona-Pandemie entgegenzuwirken. Ohne das erneute Ankurbeln der Wirtschaft wird die Zukunft der jüngeren Generationen in Schulden ertrinken. Zuletzt war mir wichtig, dass die Partei tolerant gegenüber der LGBTQ+-Community und anderen Minderheiten ist. Meiner Meinung nach ist die FDP die einzige Partei, die all diese Punkte erfüllt und einen realistischen und fairen Plan für die Umsetzung der Klimaschutz- und Wirtschaftsziele hat.



AMANDA SCHÜLE
Konstanz

„ Die Trägheit der unionsgeführten Regierung hatte ich satt. Deutschland braucht dringend eine zukunftsorientierte Politik, die sich den großen Herausforderungen endlich annimmt, anstatt die Augen davor zu verschließen. Für mich war die FDP in der Pandemie die einzige Partei, die an die Eigenverantwortung der jüngeren Generation geglaubt hat, anstatt ihr Vorwürfe zu machen. Der Einsatz für Freiheit und Bürgerrechte war noch nie so dringend gewesen. Die FDP hat die Missstände im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Digitalisierung nicht erst erkannt, als sie durch die Pandemie in aller Munde waren, sondern lange zuvor. Mich hat besonders begeistert, dass die FDP viele junge Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen geschickt hat. Dies zeigt ganz deutlich, dass die Partei uns junge Menschen ernst nimmt.



FELIX LANGROCK
Paderborn

„ Zusammen mit fast einem Viertel der Erstwähler habe ich der FDP bei der Bundestagswahl meine Stimme gegeben. Diese Entscheidung basiert auf zwei zentralen Gründen. Im Vergleich zu allen anderen Parteien steht die FDP durch optisch ansprechende Kampagnen für ein besonderes Lebensgefühl. Mir wurde so das Gefühl von Aufbruch vermittelt – eine Lebenseinstellung, die gerade jetzt während der Pandemie den Zeitgeist der Jugend trifft. Weiterhin ist die Botschaft der FDP an die Jugend eindeutig: „Du kannst es schaffen“. Jedem jungen Menschen wird so etwas zugetraut. Über TikTok und Instagram hat diese Botschaft ein breites Publikum junger Menschen erreicht, mich eingeschlossen. Unter Erstwählern haben die Wahlversprechen der FDP gezogen. Jetzt gilt es, diese Versprechen auch in die Tat umzusetzen.

BASISANTRÄGE ZUM 73. ORD. BUNDESPARTEITAG

250 Mitglieder können gemeinsam Anträge stellen und Personalvorschläge für Wahlen machen.

VORAUSSETZUNGEN:

- Antrag/Wahlvorschlag formulieren.
- Unterstützungsunterschriften von mindestens 250 Mitgliedern sammeln.
- Vertreter benennen, der den Antrag einreicht und auf dem Bundesparteitag vertritt.

FRISTEN:

- Für Satzungsänderungsanträge: Donnerstag, 27. Januar 2022, 24:00 Uhr.
- Für Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen: Montag, 7. März 2022, 24:00 Uhr.
- Für sonstige Anträge: Donnerstag, 24. März 2022, 24:00 Uhr.

Einzureichen unter: antraege@bundesparteitag.de

Nach Ende der Antragsfristen werden die Anträge jeweils im digitalen Antrags- und Versammlungssystem des Parteitags veröffentlicht.

EINE TRENNUNG KANN AUCH ENTSPANNT ABLAUFEN.



Im echten Leben sind Trennungen eher problematisch. Beim Recycling von Getränkekartons ist das völlig anders.



Mehr erfahren Sie unter www.getraenkekarton.de

KARTON, NATÜRLICH!

Eine Initiative des Fachverbandes
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.

UNBÜROKRATISCHE SOFORTHILFE FÜR UNTERNEHMEN

Die Schäden, die die Flut hinterlassen hat, sind verheerend. Die nordrhein-westfälische Landesregierung unterstützt gemeinsam mit den Wirtschaftskammern die betroffenen Unternehmen, wo immer es möglich ist.



Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Minister für Wirtschaft, Innovation,
Digitalisierung und Energie des Landes
Nordrhein-Westfalen

Von „geteiltem Leid“ konnten Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli dieses Jahres sprechen – „halbes Leid“, wie das Sprichwort suggeriert, wurde daraus natürlich nicht. Die Schäden der Flutkatastrophe sind immens, das menschliche Leid, das auch den Tod von 183 Menschen zu beklagen hatte, noch viel größer. Der gemeinsame Besuch mit Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt in den betroffenen Gebieten auf beiden Seiten der Landesgrenzen hat uns allen die verheerenden Auswirkungen deutlich vor Augen geführt. Beeindruckend war und ist das Engagement weit über Eifel, Südwestfalen und Ahrtal hinaus: Von der kleinsten Sachspende bis zur beträchtlichen Überweisung, vom kurzen Hilfseinsatz bis zur tagelangen Unterstützung in Schlamm, Dreck und Müll – die Hilfsbereitschaft der Menschen übertraf jede Erwartung.

Gerade die Unternehmen und ihre Beschäftigten haben den unmittelbaren Wiederaufbau mit großem Engagement in Angriff genommen. Als Landesregierung unterstützen wir die betroffenen Unternehmen und haben unseren Anspruch klar formuliert: Am Geld soll der Wiederaufbau nicht scheitern. Die Soforthilfe in Höhe von 5.000 Euro, die den betroffenen Unternehmen unmittelbar über die Kommunen zur Verfügung gestellt wurde, ist in Nordrhein-Westfalen über 7.000-mal schnell und unbürokratisch bereitgestellt worden. Dies gilt auch für schnelle Liquiditätskredite, die über die landeseigene NRW.Bank und die Bürgschaftsbank bereitgestellt wurden.

Um den Zugang zur deutlich größer dimensionierten Aufbauhilfe für die Unternehmen so unbürokratisch wie möglich zu gestalten, haben wir die Antragstellung noch einmal erleichtert. Ein schlankes Verfahren erleichtert

den Wiederaufbau, der für die Perspektive der betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer wichtig ist, auch damit Lieferketten nicht reißen und langjährige Kundenbeziehungen erhalten bleiben. Unternehmen, Freiberufler und Selbstständige können rein digital nach einer Beratung durch die Kammern und auf Basis eines Sachverständigengutachtens Anträge auf Aufbauhilfe stellen. Neben einer Ausweitung des Gutachterkreises auf Architekten und Ingenieure und einem erweiterten Ermessensspielraum der Sachverständigen sind nun auch sogenannte Teilanträge (Antragssplitting) möglich. Die Kosten für die Gutachten werden in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich zu 100 Prozent übernommen. Zur Vermittlung von Auftraggebern und Schadensgutachtern geht zeitnah eine digitale Plattform an den Start.

Besonderen Anteil an einer schnellen und wirksamen Hilfe haben die Wirtschaftskammern, die bislang mehr als 3.000 Unternehmen beraten haben. Die IHKs und Handwerkskammern sind Ansprechpartner, Lösungsanbieter, Ermöglicher und damit unverzichtbarer Teil der Unterstützungsstruktur. Die Handwerkskammern helfen etwa auch dabei, Handwerkerinnen und Handwerker aus anderen Regionen zu vermitteln.

Dieses breite Engagement, der Zusammenhalt in beiden Ländern und darüber hinaus wird auch auf dem weiteren Weg des Wiederaufbaus und der Verarbeitung das entscheidende Element sein. Als Landesregierung von Nordrhein-Westfalen werden wir dabei unterstützen, wo immer dies möglich ist.

Informationen zu den Fluthilfen für Unternehmen in NRW: wirtschaft.nrw/aufbauhilfen-unternehmen ■

Foto: MWIDE/E. Lichtenscheidt

SCHNELLERE VERFAHREN SCHAFFEN CHANCEN UND PERSPEKTIVEN

Die Hilfe für die von der Flut betroffenen Menschen musste schnell, unbürokratisch und zielgerichtet sein. Diese Erfahrungen lassen sich auch auf die aktuelle Politik in Rheinland-Pfalz übertragen. So kann aus der Not Innovation geschaffen werden.



Daniela Schmitt
Ministerin für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau in
Rheinland-Pfalz

Die Zerstörung und das menschliche Leid, das die Flutkatastrophe in der Nacht zum 15. Juli über die Menschen im Ahrtal gebracht hat, ist in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes beispiellos. Wenn man sich persönlich einen Eindruck von der Katastrophe machen konnte, wurde das Ausmaß umso deutlicher. Mein Amtskollege Prof. Dr. Andreas Pinkwart und ich waren uns schnell einig, dass die Situation hier weit mehr verlangt, als nur bürokratisches Handeln. Es galt, sprichwörtlich die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken, also das Notwendige direkt und schnell möglich zu machen. Und da ging es zu Beginn vor allem um ganz Grundlegendes: Menschen hatten ihr Dach über dem Kopf verloren, konnten ihren Heimatort nicht mehr verlassen oder ihn nicht mehr erreichen. Sie hatten keine Energie- und keine Telekommunikationsversorgung mehr.

Wir haben schnell erkannt, dass wir an vielen Stellen etablierte Verfahren überdenken und anpassen müssen. Das kann auch Chancen und Perspektiven mit sich bringen.

Einer der wichtigsten und ersten Schritte in Rheinland-Pfalz war, dass ich das Vergaberecht ausgesetzt habe. Ein Vergabeverfahren dauert im Schnitt zwischen vier und sechs Monaten. Für die Menschen im Ahrtal wären das sechs Monate ohne fließendes Wasser. Ohne Strom. Ohne Gas. In Sinzig konnten sich die Flutopfer drei Tage nach den kräftezehrenden Aufräumarbeiten wieder unter die eigene Dusche stellen. Die Stadt konnte sofort ein Unternehmen beauftragen, das die beschädigten Leitungen unter der Ahr instand setzte. Mehrere Brücken wurden gerettet, weil die geschädigten Fundamente im Wasser innerhalb von Tagen gesichert werden

konnten. Nach sechs Wochen konnte alle Bürger ihre Gemeinden wieder über befestigte Straßen erreichen. Was haben diese Beispiele gemeinsam? Schnelle Verfahren haben ermöglicht, dass unsere Ingenieure und Facharbeiter selbst unfassbare Zerstörung zeitnah beheben konnten. Gleichzeitig gibt es an vielen Stellen noch Raum, beschleunigte Verfahren in ähnlicher Weise durch weniger Bürokratie analog dem Vergaberecht zu organisieren. Das bürokratische Tempolimit für Infrastrukturmaßnahmen muss fallen. Unsere Macher sind dafür dankbar. Im Ahrtal haben wir ein Projektbüro für den Straßenaufbau geschaffen. Auch hier passen wir die Struktur an die Realität an. Im Gespräch mit Mitarbeitern hat sich ein Satz in meinem Gedächtnis festgesetzt: „Ich freue mich, endlich schnell bauen zu dürfen.“

Diese Erfahrungen lassen sich auch auf andere Politikbereiche, wie z. B. die Innovationspolitik, übertragen. Innovation wird zumeist nicht in Behörden erdacht, per Gesetz beschlossen oder per Verordnung angewiesen. Ein Innovationsministerium ist eines, das jede noch so kleine Regelung hinterfragt: „Hilft sie unseren Wissenschaftlern und Unternehmern oder hindert sie sie?“ Ideen sollen den schnellsten Weg an den Markt finden. In Rheinland-Pfalz soll unsere neue Innovationsagentur praktisch das Navigationsgerät auf der Antrags-, Genehmigungs- und Förderstrecke werden. Wer eine Idee hat, die unser Land und vielleicht sogar die Welt voranbringen kann – mit Biontech ist das jüngst einem Mainzer Unternehmen gelungen – soll sein Vorhaben mit voller Energie verfolgen können. ■

VOM EU-PARLAMENT INS AHRTAL

Andreas Glück wollte nur ein paar Tage mit Eimer und Schaufel im Ahrtal helfen. Daraus wurden mehrere Wochen, in denen der EU-Abgeordnete Betroffene und Freiwillige medizinisch versorgte.



Andreas Glück (links)
Mitglied des
Europäischen Parlaments

Was hat Sie dazu bewogen, sich aktiv im Ahrtal zu engagieren? Mir hat das Schicksal der Menschen keine Ruhe gelassen. Es hat sich nicht richtig angefühlt, mich nicht einzubringen. Da habe ich eine örtliche Kollegin aus dem Bundestag, Carina Konrad, angerufen und gefragt, wie ich mich engagieren kann.

Wie konnten Sie noch unterstützen? Schon nach dem ersten Tag war klar, dass ich noch besser helfen kann, wenn ich Eimer und Schaufel gegen Rettungsrucksack und Verbandspäckchen tausche. Das lag zum einen daran, dass die Betroffenen praktisch ohne Unterbrechung seit einer Woche versucht haben zu retten, was noch zu retten war und dabei teilweise üble Verletzungen erlitten. Zum anderen, weil auch Freiwilligen mit Wunden

oder Fremdkörpern im Auge vom Tal zurückkamen. Den Satz: „Hallo, mein Name ist Andi Glück, braucht Ihr ärztliche Versorgung?“, habe ich gefühlt um die tausendmal benutzt.

Wenn sie jetzt an Ihren Einsatz denken, was ist Ihnen nachhaltig in Erinnerung geblieben? Erstens, dass man sich in das Ahrtal mit seinen Menschen echt verlieben kann. Zweitens, die Gewissheit, dass es viele gute Menschen gibt. Die Rücksichtnahme der Betroffenen untereinander, als auch die große Hilfsbereitschaft von Menschen aus ganz Deutschland hat mich schwer beeindruckt. Schon während des Einsatzes kam mir der Satz in den Kopf: „Wenn einer den Glauben an die Menschheit verloren hat, muss er ins Ahrtal kommen. Da findet man ihn wieder.“

Was ist Ihnen außerdem aufgefallen? Hier stechen für mich zwei Dinge hervor. Ohne nachgezählt zu haben, bekam ich immer wieder den Eindruck, dass es sich bei der Mehrheit unserer Freiwilligen um Helferinnen gehandelt hat. Das klassische Bild, dass es vor allem Männer wären, die hart körperlich arbeitend im Hilfeinsatz sind, ist veraltet und ganz offensichtlich falsch. Und noch etwas Anderes fiel mir auf. Häufig waren bekannte Gesichter

aus unserer liberalen Parteifamilie beim Helfen zu sehen. Gerade nicht nur zum Selfie machen, sondern teilweise im wochenlangen Einsatz und ganz ohne das eigene politische Engagement an die große Glocke zu hängen. Liberale Funktionsträger und Abgeordnete dreckverschmiert beim harten Einsatz mit der Schaufel. Oder der Generalsekretär eines Landesverbands, der kurzerhand den Job als „Lagerist“ im Camp ergattert hatte und so über Wochen hinweg bestimmt mehrere Tonnen Material mit Muskelkraft bewegte. Vielleicht ist das eine Art selektiver Wahrnehmung oder Zufall, doch eigentlich bin ich überzeugt, dass wir eben nicht nur Freude an Freiheit haben. Wir Liberale haben offensichtlich verstanden, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen.

Lesen Sie das komplette Interview unter fdp.de/ahrtal ■



DEUTSCHLAND-KOALITION FÜR SACHSEN-ANHALT

Sachsen-Anhalt wagt eine für das Land neue Konstellation: Gemeinsam mit CDU und SPD bilden die Freien Demokraten eine Deutschland-Koalition. Dr. Lydia Hüskens leitet darin das Ministerium für Infrastruktur und Digitales – und verbindet damit liberale Kernthemen.



Dr. Lydia Hüskens
Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt
und Ministerin für Infrastruktur und
Digitales in Sachsen-Anhalt

Mit der Landtagswahl am 6. Juni 2021 hat Sachsen-Anhalt das politische Farbenspiel einmal mehr auf den Kopf gestellt. Trotz einer theoretischen Ein-Stimmen-Mehrheit für Schwarz-Rot war schnell klar, dass eine stabile Regierung nur mit einem weiteren Partner zu erreichen wäre. Nach sehr konstruktiven und vertrauensbildenden Koalitionsverhandlungen nahm die neue Landesregierung, getragen von CDU, SPD und FDP am 16. September 2021 ihre Arbeit auf: Ein Deutschlandbündnis für Sachsen-Anhalt.

Für die FDP war klar, das Land braucht einen Innovationsstreiber. Dieser Anspruch musste sich für uns auch im Ressortzuschnitt widerspiegeln. Für ein Flächenland wie Sachsen-Anhalt sind Themen wie die digitale Infrastruktur, Mobilität, Landesentwicklung und die demografische Entwicklung elementare Zukunftsthemen. Es lag folglich auf der Hand, für diese Themen auch Verantwortung innerhalb der Landesregierung zu übernehmen.

Das neue Ministerium für Infrastruktur und Digitales widmet sich seit September den Fragen der Verkehrspolitik, der Landesentwicklung, aber auch der Digitalisierung in einem neuen Gesamtzusammenhang. Wir werden etwa die Landesentwicklung neu strukturieren, um Sachsen-Anhalt fit für die Zukunft zu machen und den Anschluss des ländlichen Raumes zu gewährleisten. Infrastruktur und Digitales sollen die Menschen zusammenbringen. Nur so können sie überall an Wissen, Bildung und Information teilhaben.

Für gute Lebensperspektiven in allen Regionen braucht Sachsen-Anhalt eine leistungsfähige



Infrastruktur. Zu lebenswerten Städten und Gemeinden gehören neben attraktiven ÖPNV-Angeboten, gut ausgebauten und sicheren Verkehrswegen auch eine zeitgemäße digitale Infrastruktur und Verwaltungsangebote, die die Menschen in unserem Land ortsunabhängig in Anspruch nehmen können. Ziel unserer Arbeit ist es, die Chancen einer ganzheitlichen Landesentwicklung in analogen und digitalen Bereichen zu nutzen, um das Land in all seinen Facetten attraktiv zu gestalten. Damit standen wir wohl auch Pate für das neue Bundesministerium für Digitales und Verkehr. Die Staatssekretäre Sven Haller und Bernd Schlömer und die schlagkräftige Landtagsfraktion mit dem Vorsitzenden Andreas Silbersack unterstützen die Arbeit des Ministeriums bei allen Vorhaben. ■

OFFENSIVE FÜR DIE WELTHANDELSORGANISATION

Seit mehr als einem Jahrzehnt stockt und stottert der Welthandel. Die Verhandlungen mit den anderen WTO-Mitgliedern, um sinnvolle Ergebnisse zu erzielen, bleiben eine Herausforderung. Jetzt braucht es gemeinsame Ideen, um den Welthandel wieder auf Kurs zu bringen.



Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Professor für Internationale Wirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Eine goldene Zeit! Sechs Jahrzehnte lang, von den späten 40er Jahren bis zur Weltfinanzkrise 2008-2009, war die Entwicklung der Weltwirtschaft ein einziger dynamischer Prozess der Integration. Europa wuchs zusammen und der transatlantische Handel florierte. Ab den 80er Jahren begannen sich auch immer mehr Entwicklungsländer zu öffnen, allen voran die Bevölkerungsriesen China und Indien. Und mit dem Fall des Eisernen Vorhangs um 1990 folgte das post-sozialistische Osteuropa.

ES FEHLT AN TRANSPARENZ

So viel ist klar: Diese goldene Zeit ist vorüber. Im letzten Jahrzehnt herrschte im globalen Handel allenfalls zögerliche Erholung, zum Teil sogar Stagnation und Rückschritt. Die Welthandelsorganisation (WTO) fand kaum noch engagierte Fürsprecher. Mit dem Finger wurde dabei auf wenige Schuldige gezeigt. Allen voran Donald Trump. Und in der Tat: Er erfand immer neue Importzölle und torpedierte die Funktionsfähigkeit der WTO, indem er die Wiederbesetzung von WTO-Spitzenpositionen verzögerte und das Berufungsgremium der so wichtigen WTO-Streitschlichtung blockierte. Auf der anderen Seite

setzte China seine staatskapitalistische Industriepolitik ungeniert und ungestört in die Tat um – wider den Geist der WTO, die zunehmend zahnlos zuschauen musste – keine Spur von Transparenz der Regeln, wie sie die WTO-Statuten anmahnen.

DIE KRISEN HABEN SPUREN HINTERLASSEN

Die WTO wirkte komplett überfordert. Soweit es Fortschritte bei der Handelsintegration gab, spielen sie sich nicht auf der multilateralen Ebene, sondern im Abschluss regionaler Handelsabkommen wider. Diese waren zwar im Wesentlichen WTO-konform, sorgten aber immer mehr für eine Abkehr vom weltumspannenden gemeinsamen „Geist der Globalisierung“ – mit fairem, freiem Handel und einem „level playing field“. Corona hat diese Entwicklung noch befördert: Großräumige Ketten der Wertschöpfung zerbrachen und sind seit dem globalen Höhepunkt der Pandemie nur zum Teil wieder zusammengewachsen. Wohlgedemert: Wir stehen heute, was den Umfang der weltweiten Handelsströme betrifft, noch unter dem Niveau von 2007. Finanz- und Gesundheitskrisen haben also tiefe Bremspuren hinterlassen.



Foto: Stefan Rotter - istockphoto.com

→ **SLOWBALIZATION: WO ES FRÜHER IMMER SCHNELLER GEHEN MUSSTE, HAT SICH GESCHWINDIGKEIT NUN AUF SCHNECKENTEMPO VERLANGSAMT.**

SLOWBALIZATION ÜBERWINDEN

Merkwürdig ist, dass dies in der Politik kaum eine spürbare Rolle spielt. Die „slowbalization“, die das Londoner Magazin „The Economist“ schon vor einigen Jahren beklagte, gehört offenbar nicht zu den zentralen Kümmernissen der internationalen Politik. Das ist ein fataler Fehler. Denn die Erfahrung lehrt, dass die weltweite Integration neben dem technologischen Fortschritt eine der entscheidenden Triebkräfte für die Prosperität der Menschheit ist, und zwar überall: nicht nur im wohlhabenden „Norden“, sondern auch im aufholenden „Süden“, der dringend einen produktivitäts- und einkommensfördernden Platz in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sucht. Klar ist auch: Die klimapolitischen Ziele werden ohne diese Prosperität nicht zu verwirklichen sein, denn wer an Armut und Mangel leidet, wird seine Stimme nicht für den Klimaschutz hergeben. Schon die Konfliktlinien beim jüngsten Glasgower Cop26-Treffen haben dies gezeigt.

Für die Weltwirtschaft und das Weltklima ist eine funktionsfähige WTO unverzichtbar. Die Handelsministerinnen und -minister der 164 Mitgliedsländer müssen dafür gemeinsam kämpfen. Oberste Priorität muss dabei

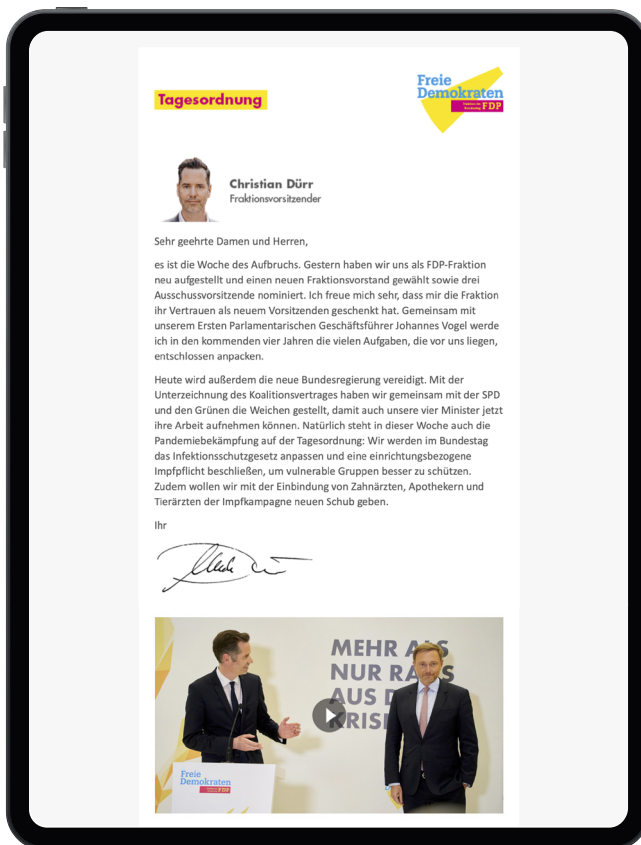
zunächst die Reform der Streitschlichtung haben. Nur sie kann garantieren, dass die Handelsregeln der Fairness wieder konsequent durchgesetzt werden. Dies ist eine fundamentale Frage der Glaubwürdigkeit der WTO. Ebenso sind neue Verhandlungsformate gefragt, um unter ausgewählten Mitgliedsländern Einigungen zu ermöglichen. „Nichts ist vereinbart, solange keine Einigung über alle Punkte besteht“ Dieser alte WTO-Grundsatz bewährt sich nicht in der neuen Welt, in der eine flexiblere Anpassung an die Realität nötig ist. Spezifischere und kleinere Verhandlungsformate sind dringend nötig, um global voranzukommen. Ebenso dringend braucht die Welt neue Regeln für den Klimaschutz und den digitalen Handel.

Fazit: Der Tisch liegt voll mit großen Themen. Die 164 Mitgliedsländer der WTO müssen das Signal setzen, dass sie freien Handel und offene Märkte wollen und befördern, um endlich die modernen Herausforderungen zu bewältigen. Die Globalisierung muss dynamisch weitergehen, nicht stocken und stottern. ■

NEWSLETTER DER FDP-FRAKTION ABONNIEREN

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag informiert mit ihrem Newsletter **Tagesordnung** über ihre parlamentarische Arbeit. Abonnieren Sie ihn gleich, um jeden Mittwochmorgen das Wesentliche aus der Regierungsfraktion zu erfahren. Weisen Sie auch gerne Interessenten in Ihrem Umfeld darauf hin.

Erfahren Sie mehr unter fdpbt.de/newsletter



Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag **FDP**